

ANZEIGE



WESER KURIER

Heute in Ihrer Tageszeitung.

Teure Mieten im Bremer Zentrum

Bremen (wtc). Singles, die in Bremens Innenstadt leben, geben nicht selten mehr als 40 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete einer 70-Quadratmeter-Wohnung aus. Das hat das Wirtschaftsinstitut Prognos in einer Studie errechnet, die an diesem Mittwoch veröffentlicht wird. Das Unternehmen hat sich den Bremer Immobilienmarkt einmal genauer angeschaut. Dabei bewertet es nicht nur das Verhältnis von Verdienst und Mietausgaben, sondern kommt auch zu dem Schluss, dass in vielen Stadtteilen Kaufen günstiger als Mieten ist. Und dass, wer eine Immobilie erwirbt, sogar noch spart: in manchen Stadtteilen und bei bestimmten Objekten mehrere 100 Euro monatlich. Der spezielle Wohnatlas, den Prognos im Auftrag der Postbank erarbeitet hat, wird vom Verband Haus & Grund skeptisch gesehen. Auch von Geoinformation gibt es Kritik. **Bericht Seite 9**



Eine nachdenkliche Kanzlerin Angela Merkel bei der Ankunft am Dienstagabend in Brüssel.

FOTO: IMAGO

Brüssel. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, bekräftigt Kanzlerin Merkel stets. Am Dienstagabend suchten die Staatenlen-

ker der Eurozone erneut einen Ausweg aus der Griechenland-Krise. Das Land müsse unbedingt vor der Pleite und dem Austritt

aus dem Euro bewahrt werden, hieß es. Der Sondergipfel in Brüssel dauerte bei Druckbeginn dieser Ausgabe an. **Berichte Seite 6**

Scheitert Europa?

ANZEIGE

Noch 7 Tage bis ...
Shakespeare im Park



Jetzt Tickets sichern!

WESER KURIER

Risiko minimieren



Peter Hanuschke
über den geplanten OTB

Hohe Arbeitslosigkeit, eine strukturschwache Region – ein neuer Offshore Terminal, der mehrere tausend Arbeitsplätze schafft, wäre für Bremerhaven ein Segen. Seit Jahren hält der Bremer Senat an dem Projekt fest. Und wäre der Terminal, so wie ursprünglich geplant, auch schon vor Jahren fertig gestellt worden, dann hätte das tatsächlich einen Schub für die Region bedeutet, und das als OTB bezeichnete Projekt hätte sich längst als Schwerlasthafen etabliert – so wie Esbjerg in Dänemark, dem Basishafen des deutschen Offshore-Turbinenherstellers und Branchenführers Siemens.

Der Senat verspielte aber wertvolle Zeit, als er versuchte, für den Bau des OTB einen privaten Investor zu finden. Das Vorhaben scheiterte, so wie es von Kritikern im Vorfeld vorhergesagt worden war. Nun soll es öffentlich finanziert werden. Im Grunde nichts Ungewöhnliches für eine solche Infrastrukturmaßnahme. Doch inzwischen wird der OTB in eine Zeit hineingeplant, in der die junge Offshore-Windindustrie politischen Rahmenbedingungen ausgesetzt ist, die den Ausbau von Windparks auf See nach jetzigem Stand nach 2020 erheblich bremsen werden. Wer dennoch den OTB will, muss alles dafür tun, das Risiko zu minimieren. Das wäre der Fall, wenn Siemens für den OTB gewonnen werden könnte. Gelänge das, hätte der OTB seine Berechtigung – auch ohne Gutachten. Bekanntlich ist Siemens auf der Suche nach einem Produktionsstandort im Norden Deutschlands. **Bericht Seite 15**

Fraktionen wollen mehr Geld

Bremer Parlamentarier parteiübergreifend einig: Zuschüsse müssen erhöht werden / Kritik vom Steuerzahlerbund

VON WIGBERT GERLING

Bremen. Abgeordnete haben einen Beschluss in eigener Sache gefasst: Ungeachtet parteipolitischer Grenzen sind sich die Parlamentarier einig, dass sie mehr Geld brauchen. Alle zusammen bekommen aus der Steuerkasse nach Angaben von Abgeordneten pro Jahr rund 4,5 Millionen Euro. Weil die Fraktionsmittel aber als „nicht auskömmlich“ eingestuft werden, sei eine Erhöhung um rund neun Prozent nötig. Protest kam postwendend: „Es ist ein verheerend falsches Signal“, so der Bund der Steuerzahler, „wenn Fraktionen zu Beginn der neuen Legislaturperiode in die überschuldete Landeskasse greifen.“

Ein entsprechender Antrag für den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss ist auf den Weg gebracht. Das Gremium, in dem alle Fraktionen vertreten sind, soll gegen Ende des Monats beschließen, dass für die Zeit bis Dezember noch 425.000 Euro mehr bewilligt werden. Die Abgeordneten wollen dann offenbar auch gleich vorbereiten, dass diese Anhebung um neun Prozent – dann für die kompletten Jahre – in die Haushaltsplanung für 2016 und 2017 eingearbeitet wird.

Bei der Verteilung von Geld für die Arbeit der Bürgerschaftsfraktionen geht es unter anderem nach der Zahl der Abgeordneten. Die SPD bekam als größte Gruppe mit bisher 36 Parlamentariern jährlich rund 1,7 Millionen Euro. Die Grünen hatten 21 Sitze und damit Anspruch auf eine gute Million, die CDU bei 20 Mandaten ebenfalls, wobei Fraktionen wie die Christdemokraten, die nicht die Regierung stellen, einen „Oppositionsbonus“ von knapp tausend Euro für jeden Abgeordneten beanspruchen können. Die Linke hatte fünf Sitze und bekam rund etwas mehr als eine halbe Millionen Euro.

Die Bürgerschaftswahl am 10. Mai brachte dann Veränderungen. Die SPD rutschte auf 30 Mandate ab, die Grünen bekamen nur noch 14, die CDU blieb gleich, und die Linke legte von fünf auf acht Sitze zu. Außerdem zog die FDP in Fraktionsstärke ins Parlament ein. Sie ist nun mit sechs Parlamentariern vertreten. Diese Veränderungen beeinflussen die künftige Geldzuweisung. Angesichts der Mandatsverluste müssten Sozialdemokraten und Grüne mit entsprechend weniger rechnen. Mit der geplanten neunprozentigen Anhebung der Zuschüsse wird allerdings der

Topf mehr gefüllt und damit die finanzielle Einbuße geringer.

Der Bund der Steuerzahler nennt es „paradox“, wenn Stimmenverluste auf diese Weise finanziell abgemildert würden. Ohne die geplante Erhöhung müsste sich die SPD demnach mit etwa 1,44 Millionen statt 1,7 Millionen Euro begnügen. Mit der Anhebung aber könne die 30-köpfige Fraktion mit rund 1,57 Millionen rechnen. Auch bei den Grünen sähe der Kassenstand günstiger aus: Sieben Mandate weniger – das würde ein Absacken des Betrags von etwa einer Millionen Euro auf gut 750.000 Euro bedeuten. Mit einem geplanten Plus von neun Prozent aber könnten sie laut Bund der Steuerzahler noch mit gut 800.000 Euro kalkulieren. Bei den Grünen steht nach der Berechnung des Steuerzahlerbundes wohl sogar besser, bekäme mit „Bonus“ rund 1,27 Millionen Euro und damit etwa 100.000 Euro mehr als bisher. Für die FDP müssten jährlich rund 470.000 Euro ausgeschüttet werden.

Die CDU steht sich bei den Fraktionszuschüssen nach der Berechnung des Steuerzahlerbundes wohl sogar besser, bekäme mit „Bonus“ rund 1,27 Millionen Euro und damit etwa 100.000 Euro mehr als bisher. Für die FDP müssten jährlich rund 470.000 Euro ausgeschüttet werden.

„Die Politik kann Bürgern, Vereinen oder Staatsdienern nicht Wasser predigen und selbst Wein trinken“, erklärt Bernhard Zentgraf, Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler. Er fordert, dass die Höhe und Zusammensetzung der Fraktionszuschüsse „einer grundsätzlichen Prüfung“ unterzogen wird. Zentgraf erinnert dabei an die schwache Wahlbeteiligung, die im Mai nicht viel höher als 50 Prozent gelegen habe. Dies sollte aus seiner Sicht den Parteien und Fraktionen zu denken geben und den Entschluss nahelegen, dass es ein Weiter-so „mit gleichzeitigem Griff in die Steuerkasse“ nicht geben könne. Dies wäre sei „eindeutig der falsche Weg“.

Bei den Fraktionen war gestern die Bereitschaft, die Erhöhung der Fraktionszuschüsse mit Nennung des Namens zu kommentieren, mehr als verhalten ausgeprägt. Allerdings wurde darauf hingewiesen, dass beispielsweise die Gehälter von Mitarbeitern in den vergangenen vier Jahren ebenso gestiegen seien wie die Mieten für die Büros. Das könne mit unveränderten Geldbeträgen nicht mehr aufgefangen werden. Ein führender Abgeordneter: „Wir haben schon überall gespart – jetzt ist Ende der Fahnenstange.“ **Kommentar Seite 2**

Medienkonzerne planen Fusion

Berlin. Die Medienbranche ist in Aufruhr: Axel Springer und ProSiebenSat.1 sprechen laut Insidern über eine Fusion. Vor fast zehn Jahren hatte das Kartellamt den Kauf von ProSiebenSat.1 durch Springer scheitern lassen, jetzt kommen sich die beiden Konzerne offenbar wieder näher. Zu Berichten über einen möglichen Zusammenschluss, gar einen Kauf von Springer durch ProSiebenSat.1, wollte sich keiner äußern.

Der Digitalkonzern mit Print-Tradition und das Fernsehunternehmen – passt das überhaupt zusammen? Auf den ersten Blick böte ein Zusammengehen für Springer interessante Möglichkeiten. Die Werbeumsätze im Fernsehen sind recht stabil. ProSieben könnte noch mehr Bewegtbilder liefern, die Springer für seine Video-Kanäle benötigt. Dafür haben die Berliner bereits den Nachrichtensender N24 gekauft. Bei einer Fusion hätte der Super-Konzern viel Geld für die digitale Transformation.

ProSiebenSat.1 wiederum könnte von Springers Auslandserfahrung profitieren. Die Sendergruppe ist fast nur im deutschsprachigen Raum vertreten, irgendwann dürfte sie hier an Wachstumsgrenzen stoßen. Aber ein Zusammenschluss unter Gleichen dürfte schwer werden. An der Börse ist ProSiebenSat.1 etwa doppelt so viel wert wie Springer. Und Mehrheitsaktionärin Friede Springer will auf gar keinen Fall die Kontrolle über das Unternehmen abgeben. **Bericht Seite 15**

Viele Mütter wollen arbeiten

Berlin. Frauen stecken nach der Geburt ihres ersten Kindes beruflich häufig zurück und kümmern sich um die Familie. Das Problem: Aus dieser Aufgabenteilung kommen sie später kaum noch heraus. Glücklicherweise ist darüber nicht, zeigt eine neue Studie des Allensbach-Institutes im Auftrag des Bundesfamilienministeriums. Danach erklärten 57 Prozent der nicht arbeitenden Mütter von Kindern unter sechs Jahren, Berufstätigkeit sei für sie „ziemlich wichtig“. Zweites auffälliges Ergebnis der Studie ist der immer noch große Graben zwischen Ost und West. Nach der Elternzeit arbeiten in den neuen Bundesländern 34 Prozent der Frauen in Vollzeit. Im Westen ist dies nur bei elf Prozent der Mütter der Fall.

Die Allensbach-Studie stellt jetzt fest: Waren vor der Geburt des ersten Kindes bei bundesweit 71 Prozent der Paare beide Partner in Vollzeit erwerbstätig, so galt dies nach der Geburt lediglich für 15 Prozent. Bei mehr als der Hälfte der Paare mit kleinen Kindern war nach der Elternzeit nur noch ein Partner – meistens der Mann – voll berufstätig, während der andere in Teilzeit beschäftigt war.

Auch Männer sind über diese Aufgabenteilung nicht glücklich. Viele würden gerne eine größere Rolle in der Erziehung der Kinder spielen. Sie tun dies aber nicht, aus Angst vor Einkommensverlusten und beruflichen Nachteilen. **Kommentar Seite 2-Bericht Seite 17**

THEMA

Das Dauertief der SPD

3

Die SPD hat in der Großen Koalition zentrale politische Vorhaben durchsetzen können. Doch die Wähler honorieren das nicht. In Umfragen verharren die Sozialdemokraten weiter unter der 30-Prozent-Marke.

THEMA

Einblicke in das neue Weltkulturerbe

4

Bremen steht mit seinem Rathaus und dem Roland schon seit 2004 auf der Liste des Weltkulturerbes. Seit Sonntag ist auch Hamburg dabei. Wir haben uns in der Speicherstadt einmal umgesehen.

DER NORDEN

Trauer um die Unfallopfer von Bremervörde

14

Große Betroffenheit in Bremervörde: Vor dem Eiscafé, in dem zwei Menschen starben, als ein Auto durch das Fenster raste, liegen Hunderte Blumen, kommen Menschen zum stillen Gedenken zusammen.

KULTUR

Sarah Connor in „Muttersprache“

22

Sarah Connor singt deutsch und ist damit außerordentlich erfolgreich. Die frühere Delmenhorsterin, die lange Zeit in Bremen gelebt hat, belegt mit ihrem ersten deutschsprachigen Album „Muttersprache“ seit Wochen vorderste Plätze in den Charts und kommt im Rahmen ihrer Tournee auch zu zwei Konzerten in die Hansestadt.



RUBRIKEN

Familienanzeigen	26	Rätsel & Roman	21
Fernsehen	28	Tipps & Termine	12
Lesermeinung	7	Veranstaltungsanzeigen	20

KOPF DES TAGES

Josefine Brons



Schon im März hat sie die Jury mit ihrem großen sozialen Engagement beeindruckt und dafür vom Bremer Zonta Club den diesjährigen „Young Women in Public Affairs“-Award erhalten. Am Mittwochabend wird Josefine Brons, die gerade ihr Abitur am Bremer Hermann-Böse-Gymnasium absolviert hat, erneut gewürdigt. Sie hat nämlich inzwischen auch die Jurys des weltweit tätigen Frauennetzwerks Zonta auf europäischer und internationaler Ebene mit ihren Aktivitäten beeindruckt. Brons gewann den District Award 2015, der mit 1000 US-Dollar und 500 Euro dotiert ist. Außerdem konnte sie einen von zehn internationalen Awards gewinnen, die jeweils mit 4000 US-Dollar dotiert sind.

WETTER

Tagsüber	Nachts	Niederschlag
		
20°	12°	80%

Regengüsse und sehr windig
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN



4 194176 301309